Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nervenkrieg um Berlin

Mit der Offensive Chruschtschews gegen Berlin steht zum erstenmal seit zehn Jahren wieder die europäische Front der freien Welt unter dem kommunistischen Ansturm. Der äußerste Vorposten des Westens mitten im Bereich des Totalitarismus, ein Dorn im Auge der kommunistischen Machthaber, soll nach dem Willen Moskaus ausgemerzt und gleichgeschaltet werden. Die Ausnahmestellung Berlins beruht auf der gemeinsamen Besetzung durch die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die amerikanischen, britischen und französischen Garnisonen garantieren die demokratische Freiheit und die wirtschaftliche Blüte einer Bevölkerung von zweieinhalb Millionen, die wie auf einer Insel über dem Meer des staatlichen Zwangs und der chronischen Versorgungsschwierigkeiten lebt, die das tägliche Brot der Menschen in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik sind. Berlin ist der gefährdetste Punkt des Westens, abhängig von einem prekären System von Verbindungslinien durch feindliches Gebiet, gleichzeitig aber auch der Ort, wo der Abwehrwille sich am stärksten behauptet, wo die Strahlungskraft der Freiheit am größten und die Überlegenheit der freien Wirtschaftsordnung am auffälligsten ist. Die Berliner haben in den städtischen Wahlen vom 7. Dezember, über die in diesem Heft an anderer Stelle berichtet wird, bewiesen, daß sie sich ihrer besonderen Rolle voll bewußt sind. Sie ließen sich von den Drohungen nicht einschüchtern und fügten der kommunistischen SED, die in Berlin frei konkurrieren konnte, eine vernichtende Niederlage zu.

Das «Nein» des Westens

Der Vorschlag Chruschtschews, Westberlin nach dem Abzug der alliierten Truppen zu einer «Freien Stadt» unter der Kontrolle der Vereinigten Nationen zu machen, ist von den Hauptbetroffenen, den Berlinern, die sich keine Illusionen über die Dauerhaftigkeit einer solchen «Lösung» machen, mit Vehemenz zurückgewiesen worden. Nicht weniger deutlich war die Ablehnung durch die alliierten Regierungen und durch den einmütigen Atlantikrat als oberstes Organ der NATO. Das westliche Bündnis hat die erste Festigkeitsprobe bestanden. Der Sowjetdiktator versah jedoch sein Weihnachtspaket mit dem Mechanismus einer Zeitbombe, mit dem Ultimatum nämlich, die Sowjetunion werde einseitig ihre Besetzungsrechte in Berlin und die Kontrollrechte über den Verkehr mit der alten Reichshauptstadt den Behörden der DDR übertragen, wenn sich die Westmächte nicht innert sechs Monaten zu Verhandlungen über die Aufhebung des Viererregimes bereit erklärten.

Wird die Nervenprobe zu bestehen sein? Für Berlin ist entscheidend, daß das Vertrauen in die dort investierten wirtschaftlichen Werte auch unter dem Druck sowjetischer Schikanen nicht nachläßt; ein wirtschaftlicher Zusammenbruch würde die Stadt zu einer unhaltbaren Position machen. In Bonn wird von Chruschtschew die Festigkeit gegenüber der Versuchung getestet, den Ausweg über eine Anerkennung des DDR-Regimes und über gesamtdeutsche Wiedervereinigungsgespräche zu suchen. Im We-

sten sind die schwachen Stellen die Reibungsflächen innerhalb der NATO-Allianz, die infolge der durch Chruschtschew erzwungenen äußeren Einigkeit nur unter der Oberfläche in Erscheinung treten konnten. Während aber im Dezember 1957 eine latente Mißstimmung zwischen den europäischen Alliierten und den amerikanischen Bündnispartner herrschte, sind es heute nur innereuropäische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes und de Gaulles Vorschlägen für ein NATO-Direktorium, die — vor allem zwischen Großbritannien und Frankreich — Spannungen hervorgerufen haben. Die bei den heutigen Machtverhältnissen entscheidende Frage, ob die USA ihre Verpflichtungen auf dem europäischen Kontinent einhalten wollen, wird davon nicht berührt.

Das Spiel Chruschtschews

Genügt aber das bloße Nein, das die Westmächte, unterstützt von der NATO, Chruschtschew entgegenschleudern? Wird er sich davon überzeugen lassen, daß die Amerikaner, Briten und Franzosen ihre Durchfahrtsrechte wenn nötig mit Gewalt wahren werden, auch wenn sie gezwungen wären, als Angreifer aufzutreten? Chruschtschew hat sich weit vorgewagt; es wird ihm nicht leicht fallen, auf seine Worte zurückzukommen. Westliche Beobachter versichern, der sowjetische Ministerpräsident habe im Grunde die Natur eines Spielers. Er führt sein Spiel um Berlin mit dem höchsten Einsatz, dem Frieden und der Sicherheit der Welt. Gleichzeitig setzt er seine eigene Stellung aufs Spiel. Auch die Hierarchie des Kremls, nicht nur das westliche Bündnis, wird einer Festigkeitsprobe unterworfen. Ihre Begleiterscheinungen zeigen sich in der Absetzung des Polizeichefs Serow und in den neuesten Anklagen gegen die «Parteifeinde». Chruschtschews hohes Spiel kann die ganze Welt in einen Krieg hineinreißen. Die Situation ist voller Gefahren; niemand weiß, wie sie sich weiter entwickeln wird.

Wenn die Sowjetregierung die durch den Zweiten Weltkrieg in und um Deutschland geschaffenen Verhältnisse in Frage stellt, gefährdet sie im übrigen auch die Grenzen Polens, denn bekanntlich beruht die Oder-Neiße-Linie gleich wie der Viermächtestatus Berlins auf den Absprachen der vier Siegermächte. Die Aktion Chruschtschews hat in Warschau alarmierend gewirkt, und eine Welle von Gerüchten wollte wissen, daß der Sowjetdiktator dem polnischen Parteichef Gomulka gedroht habe, er werde dem Ulbricht-Regime einen Teil der ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder zurückgeben. Jedenfalls stellt diese Drohung, ob ausgesprochen oder nicht, ein schwerwiegendes Pressionsmittel Moskaus gegenüber Polen dar.

Druck auf Finnland

Sowjetischer Druck lastet zurzeit auch auf Finnland. Seit dem Zweiten Weltkrieg führt Helsinki eine vorsichtig neutrale, auf die Interessen der Sowjetunion ausgerichtete Politik. Dank innerer Wachsamkeit war es im gefährlichen Jahr 1948 gelungen, einen kommunistischen Umsturz und das Aufgehen im sowjetischen Satellitenreich zu verhindern. Seither waren die Kommunisten aus der Regierung ausgeschlossen. Die engherzige Interessenpolitik der finnischen Parteien und die schlechte Wirtschaftslage hatten zur Folge, daß die Kommunisten in der letzten Reichtstagswahl die höchste Stimmenzahl und annähernd die Hälfte der Mandate erhielten. Dadurch aufgeschreckt einigten sich die Politiker auf eine Koalition aller nichtkommunistischen Parteien unter dem energischen Ministerpräsidenten Fagerholm, dem es in kurzer Zeit gelang, die kritische Finanzlage Finnlands zu verbessern. Doch die Sowjetunion berief ohne Grundangabe ihren Botschafter nach Moskau zurück, blockierte die laufenden Handelsbesprechungen und sperrte Importe und Zahlungen. Darauf traten die Minister der finnischen Agrarpartei mit der Begründung aus der Regierung aus, die außenpolitische Lage verbiete das Weiter-

bestehen des Kabinetts Fagerholm. Diese Willfährigkeit, schon bevor Moskau irgendwelche Forderungen ausgesprochen hatte, kann die Sowjets nur ermutigen, ihre Pressionen fortzusetzen. Ihr Ziel ist die Aufnahme der Kommunisten in die Regierung als erster Schritt der Sowjetisierung. Bedenklich ist, daß eine Reihe finnischer Politiker, darunter der Präsident der Republik, diese Gefahr zu unterschätzen scheinen.

Das Parlament de Gaulles

In Frankreich haben die Wahlen in das Parlament der Fünften Republik das Plebiszit für de Gaulle vom 28. September bestätigt. Die in der «Union pour la nouvelle République» zusammengeschlossenen Gaullisten und die Unabhängigen, die beide für sich in Anspruch nehmen, die Vertreter des zum Pater patriae erhobenen Generals zu sein, errangen einen gewaltigen Sieg, während die Kommunisten, infolge des Systems der Mehrheitswahl in kleinen Wahlkreisen, auf einen verschwindenden Rest ihrer ehemals 190 Mann starken Fraktion reduziert wurden. Das Wahlergebnis scheint den Intentionen de Gaulles nicht ganz entsprochen zu haben; besonders unzufrieden muß er mit dem Resultat in Algerien sein, wo die französischen Nationalisten mit ihrer Parole der Integration, die von de Gaulle verworfen wird, auf der ganzen Linie durchdrangen. Zwischen dem neuen gaullistischen Parlament und dem zum Präsidenten erhobenen de Gaulle klaffen beträchtliche Gegensätze: de Gaulle ist ein Gegner des auf die Abschaffung der Parteien und ein autoritäres Regime hintendierenden Gaullismus. Sehr viel wird von der Person des künftigen Premierministers abhängen, der zwischen Präsident und Parlament zu treten hat und beiden verantwortlich sein wird. De Gaulle sucht zunächst einen Ausgleich der politischen Kräfte, er unterstützt die in den Wahlen zukurzgekommenen nationalen Parteien, um vorerst den Aufbau der Institutionen abzuschließen. Er hat dabei von den Launen der Volksvertretung wenig zu befürchten, denn ihre Befugnisse sind eng umgrenzt. Erst im Frühjahr wird das Parlament zu seiner ersten Session zusammentreten.

Fruchtlose UNO-Session

In New York ist die 13. Session der UNO-Generalversammlung zu Ende gegangen, über deren Tätigkeit wenig Bemerkenswertes zu berichten ist. Von den ihr vorgelegten Fragen vermochte sie keine einzige wirklich zu lösen. Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl scheint sie immer mehr eine Plattform zur Anmeldung von Forderungen und immer weniger eine Stätte ernsthafter Beratung zu werden. Mehr und mehr beherrscht der politische Opportunismus die Szene, und selbst in der ungarischen Frage, die wie kaum eine andere von der Weltöffentlichkeit außerhalb des kommunistischen Blocks einhellig beurteilt wurde, geht die Zahl der Stimmen, die das dort Geschehene verurteilen, von Jahr zu Jahr zurück. Von der Entwicklung profitiert die Sowjetunion, die die Institution der Vereinigten Nationen mit ihrer demagogischen Propaganda beherrscht und bei den asiatischen und afrikanischen Nationen, deren Zahl ständig wächst, bereitwilliges Gehör und bedenkenlosen Beifall findet. Der Einfluß der Nationen Europas und Nordamerikas, auf deren demokratischen und freiheitlichen Überzeugungen die Weltorganisation sich aufbaut, geht ständig zurück. Dennoch behalten die Vereinigten Nationen ihren Wert als Diskussionsforum und als Abkühlungsort, wo brennende Streitfragen, dank der Langsamkeit der Prozedur, mit der Zeit an Gefährlichkeit einbüßen. Die im Gefolge der technischen Entwicklung immer kleiner werdende Welt braucht einen Treffpunkt, der ihre Einheit, wenn auch nur symbolisch, darstellt.

Krise der Freihandelszone

In diesen Tagen wird Europa durch eine handelspolitische Kontroverse gespalten, die auch unser Land stark in Mitleidenschaft

zieht. Am 1. Januar 1959 treten die ersten Zollsenkungen und Einfuhrlockerungen unter den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Kraft, die progressiv fortschreitend im Verlauf der Jahre zur Errichtung des Gemeinsamen Marktes, einer Wirtschaftsunion Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs, führen soll. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der sechs Staaten Kontinentaleuropas fußt auf der Idee, daß die politische Integration nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 nur auf dem Umweg über die Wirtschaft gesucht werden könne; ein großer Teil der Energie, mit der die Pläne in die Tat umgesetzt wurden, gilt der politischen Zielsetzung.

Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes ist mit einer Diskriminierung der übrigen europäischen Staaten verbunden, die besonders von den Industriestaaten England, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich und der Schweiz als Bedrohung empfunden wird. Das Projekt einer europäischen Freihandelszone, die dem Gemeinsamen Markt angegliedert würde, sollte die Benachteiligung der «andern Sechs» aufheben, doch hat sich über die Art des Vorgehens noch keine Einigung erzielen lassen. Am schärfsten von den sechs Staaten weigert sich Frankreich, etwas von den Vorteilen preiszugeben, die ihm der Gemeinsame Markt einzubringen verspricht. Auf der andern Seite tritt England, nachdem man in London lange am Zustandekommen der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs gezweifelt hatte, als Wortführer auf und verlangt die Beseitigung der Handelsschranken, mit denen sich Kontinentaleuropa zu umgeben anschickt. Im Ministerrat der OEEC, der gesamteuropäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, kam es kurz vor der Tagung des Atlantikrats zu scharfen Auseinandersetzungen, die an einer baldigen Lösung der Krise zweifeln ließen.

Für die Schweiz ist das Entstehen der Freihandelszone von einschneidender Dringlichkeit, weil mehr als die Hälfte der schweizerischen Ein- und Ausfuhr mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes abgewickelt wird. Ein Fehlschlag der Bemühungen würde die Exportmöglichkeiten der Schweiz fühlbar verschlechtern. Immerhin sind die Kontakte nicht abgebrochen worden, und man darf immer noch damit rechnen, daß die Assoziierung der übrigen OEEC-Länder und der Schweiz an den Gemeinsamen Markt in der einen oder andern Form doch noch zustandekommt.

Nemo

Die Wahlen in Westberlin

Niemand konnte ahnen, daß die diesjährigen Wahlen in das hiesige Stadtparlament plötzlich eine weltpolitische Bedeutung gewinnen würden. Westberlin, eine Zwei-Millionen-Stadt, sonnte sich in dem ungewöhnlich schönen Herbst und im Glanz seines wirtschaftlichen Aufstieges. Die Reisebüros hatten in diesem Jahr Rekordabschlüsse gehabt. In Scharen zogen die Westberliner per Auto, Flugzeug und Omnibus nach dem Süden, nach Italien, Österreich, in die Schweiz, nach Spanien und Frankreich. Keiner von ihnen ahnte, daß das politische Klima Westberlins bald von den sibirischen Winden heimgesucht werde.

Der Wahlkampf begann in der üblichen Form. Die Wahlstrategen der verschiedenen Parteien zerbrachen sich den Kopf, wie man den Wähler ansprechen solle. Manche Parteien begannen ihre Versammlungen mit musikalischen und künstlerischen Umrahmungen, um den träge gewordenen Bürger politisch aufzumuntern. Und als es sich im wesentlichen um die Entscheidung zwischen

den beiden großen Parteien, der Christlich-Demokraten aus der CDU und den Sozialdemokraten aus der SPD handeln sollte, wurden sogar witzige Parolen in Umlauf gesetzt. Die SPD warb mit der Sentenz «Ohne Willy wird es ernst» (gemeint war der sozialdemokratische Oberbürgermeister Willy Brandt und mit «ernst» wurde auf die Gefahr des Sieges des Gegenkandidaten von Brandt, des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, angespielt). Die CDU parierte: «Wenn es Ernst wird, wird es besser.»

Mit Wählerbriefen, welche 1,7 Millionen Wahlberechtigte in ihren Briefkästen jeden Morgen vorfanden, mit Visitenkarten und optimistisch lächelnden Porträts auf den Litfaßsäulen, wandten sich die Kandidaten aus den 80 Wahlbezirken an die Westberliner. Bald brachen in den Wahlbriefen, Flugblättern und Versammlungen heftige Gegensätze aus. Die SPD berief sich auf ihre zweifellos großen Verdienste und Leistungen aus der Zeit, als in Berlin die inzwischen verstorbenen Politiker, der unvergeßliche Ernst Reuter und seine Gefährten Luise Schröder und Otto Suhr, regierten. Die CDU stellte in den Vordergrund ihrer Kampagne die Forderung nach der Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft und nach der Entbürokratisierung des öffentlichen Lebens, was sich hauptsächlich gegen die SPD richtete.

Die Freien Demokraten (FDP) gingen in ihren Wahlbriefen ziemlich hart gegen die beiden Mehrheitsparteien vor. Sie sagten: «Die SPD redet heute noch von Gemeineigentum und Vergesellschaftung, das heißt von Wirtschaftslenkung durch einen Funktionärsapparat. Sie wählen, heißt die wirtschaftliche Freiheit aufs Spiel setzen. Die Sozialdemokraten sagen Brandt und meinen — vielleicht — Wehner!» «Die CDU zeigt in Bonn nur zu deutlich, daß sie nach der absoluten Macht im Staate drängt. Wo sie diese Macht besitzt, nutzt sie sie rücksichtslos aus... Sie propagiert das Zweiparteiensystem, weil es auf unabsehbare Zeiten die Alleinherrschaft der CDU sichern soll. Sie sagen ‚Christliche Politik' — und üben Terror und Unduldsamkeit.» Die FDP warb in ihrem Wahlprogramm für «Sauberkeit in Parlament und Verwaltung, religiöse und politische Toleranz, Sicherheit vor sozialistischen Experimenten, Respekt vor der Meinung aller Bürger.»

Mächtig schlug auf die Pauke die Deutsche Partei, die sich dazu anschickte, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, was ihr 1954 nicht gelungen war. Sie rief in ihrem Wahlblättchen: «Schon heute wissen die seit Jahren regierenden Parteien SPD und CDU, daß die Tage ihrer unumschränkten Herrschaft gezählt sind. Um so erstaunlicher ist das Verhalten der beiden Senatsparteien, die lediglich einen Scheinwahlkampf führen und in einem ‚Rütli-Schwur' gelobten, auch die kommenden Jahre einträchtig miteinander zu regieren.» Und die Deutsche Partei (DP) forderte: «Schluß mit der Entnazifizierung in Berlin. Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche muß eine Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche bleiben. Westberlin ist kein New York. Ein Sportplatz ist zweifellos ein besseres Wahrzeichen Berlins als das Corbusier-Haus oder die Eiermannsche Gedächtniskirche. Unsere Jugend hungert nach echter Autorität. Fort mit den Clowns wie Elvis Presley und Bill Haley. Fort mit den Synkopen-Orgien. Die Jugend ist an den Vorbildern der deutschen Geschichte aufzurichten.»

Carl-Hubert Schwennicke, früher Vorsitzender der Freien Demokraten und jetzt Leiter der Freien Deutschen Volkspartei (FDV), zu der sich die unbedeutenden Parteien, die Deutsche Mittelstandspartei und die Republikanische Partei, gesellten, stellte in den Mittelpunkt seiner Werbungsaktion Forderungen nach der Senkung von Gewerbe-, Vergnügungs- und Grundsteuern. Er wurde allerdings von der FDP schwerstens unter Beschuß genommen. In einem Flugblatt erklärten die Freien Demokraten: Schwennicke sei ein «Gescheiterter», «ein politischer Heimatloser», der die Außenpolitik Adenauers, «des klerikalen Konserva-

tiven durch dick und dünn unterstützt». Seine Partei, die FDV, sei eine «Privatgründung», die zur «Irreführung der Wähler» entstanden sei.

Außerhalb dieser fünf Parteien stürzte sich die von Ostberlin gelenkte kommunistische Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in den Wahlkampf. Sie überschüttete die Westberliner mit einer Lawine von Wahlzeitungen, Broschüren, Flugblättern. Das alles wurde in der Druckerei der ehemaligen sowjetischen deutschsprachigen Tageszeitung «Tägliche Rundschau» in Sonderschichten gedruckt, in die Parteizentrale in der Behrendstraße gebracht und unter die Wahlagitatoren und Wahlhelfer zum Verteilen in Westberlin ausgegeben. Scheinheilig stellte sich die SED in die Positur des Verteidigers der Arbeiterinteressen, der Rentner und Sozialempfänger. Sie verlangte Preis- und Mietsenkungen und operierte mit dem Angebot des Ostberliner Magistrats, Fleisch Milch und Frischgemüse nach Westberlin zu liefern. Die einschlägigen Parolen der SED lauteten: «...wer Frieden und den Fortschritt liebt — der SED die Stimme gibt!» — «Frontstadt-Hetze bringt nichts ein — Berlin muß Stadt des Friedens sein! Wählt die Kandidaten der SED!» — «Es klingt ein Ruf an der Berliner Spree: Wählt SED!» — Die Wahlversammlungen der SED, die in Westberlin auf Grund des Viermächte-Status zugelassen sind, entwickelten sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Säle wurden gewöhnlich eine Stunde vor Eröffnung der Wahlkundgebung mit den wenigen in Westberlin ansässigen eingeschriebenen Mitgliedern und heimlich Sympathisierenden der SED sowie mit den aus dem östlichen Teil der Stadt abkommandierten Parteigenossen besetzt. Diese Vorsicht war im Grunde genommen unnötig, weil die Westberliner Parteien die Bevölkerung darum gebeten hatten, die SED-Versammlungen zu meiden und keinen Anlaß zu den beabsichtigten Provokationen zu geben. Die Aussichten für die Kommunisten waren von vornherein sehr gering. Chruschtschews brutaler Griff nach Westberlin hat diese Perspektiven nur verschlechtert.

Die Sportpalast-Rede des sowjetrussischen Diktators vom 10. November in Moskau mit der Ankündigung der Revision des Viermächte-Status der ehemaligen Hauptstadt Deutschlands hat die politische Atmosphäre des Westberliner Wahlkampfes radikal geändert. Die ursprünglichen Zänkereien und gegenseitigen Beschuldigungen sind schlagartig zurückgestellt worden. Über Nacht hat sich so etwas wie ein Burgfrieden zwischen den konkurrierenden Parteien ergeben. Es unterlag keinem Zweifel, daß sich der Wahltag als ein Referendum gegen oder für die sowjetischen Vorschläge erweisen werde. Und es war ferner klar zu erkennen, daß es zu einer Konzentration der Stimmen zu Gunsten der beiden großen Parteien, nämlich der SPD und CDU, kommen werde.

Angesichts der neuen Wendung ließ sich die kommunistische SED nicht als der zukünftige Verlierer vernehmen. Im Gegenteil, sie mobilisierte ihren gewaltigen Propaganda-Apparat in Ostberlin mit den unbeschränkten Geldern, drei Rundfunkstationen, erfahrenen Agitatoren, um die Westberliner Bevölkerung mittels offener Kundgebungen und einer Flüsterpropaganda einzuschüchtern. In jenen Tagen vor dem Wahlsonntag konnte man die unmöglichsten Parolen östlicher Provenienz hören. Zu dem beliebtesten Schlagwort der Kommunisten gehörte die Behauptung, die Dampfwalze des russischen Kommunismus auf ihrem Weg nach dem Westen sei unaufhaltsam und die klugen Berliner müßten sich mit dieser Situation rechtzeitig abfinden. Sie sollten durch unüberlegte Stimmabgabe die Sowjetunion nicht reizen. In den unterirdisch kolportieren Thesen wurde von der östlichen Seite sogar die Drohung ausgesprochen, wenn die Westberliner «schlecht» wählen würden, müßten sie damit rechnen, nach der sechsmonatigen Frist des Ultimatums Chruschtschews nach Sachsen ausgesiedelt zu werden.

Und dennoch ließen sich die mit den

kommunistischen Methoden inzwischen gut vertrauten Berliner in ihrer Standhaftigkeit nicht erschüttern. Sie gingen gremial zu den Wahlurnen und haben eine Rekord-Wahlbeteiligung von 93,1 Prozent erreicht. Das war das erste Kennzeichen der Entscheidung vom 7. Dezember. Das zweite Element, das dieser Stadt den moralischen Rückhalt in der ganzen westlichen Welt einbrachte, zeigte sich in einer Wahlkatastrophe der kommunistischen SED-Partei. Ungeachtet aller Einschüchterungen und Drohungen sind die für die SED abgegebenen Stimmen von 41 375 im Jahre 1954 auf 31 520 oder von 2,7 auf 1,9% gesunken. In den einzelnen Wahlbezirken hat die SED weniger Stimmen erhalten, als sie dort eingeschriebene Parteimitglieder besitzt. Die politische Bedeutung eines solchen Votums der Westberliner Bevölkerung kann nicht hoch genug bewertet werden, denn sie ist nicht nur im Hinblick auf die Haltung des Westens gegenüber der diplomatischen Offensive Moskaus zu betrachten. Die Kunde der beispiellosen Niederlage der SED hat sich in ganz Ostdeutschland und in allen Satellitenstaaten mit Windeseile verbreitet, ja sie drang sogar bis in die Sowjetunion. Im Endeffekt wird dieses Westberliner Wahlergebnis den oppositionellen Kräften in den Ostblockstaaten ein wenig Mut machen. Wenn die Sowjetunion die Wahlentscheidung mit fadenscheinigen Argumenten, an den Haaren herbeigezogenen Beschuldigungen und Entstellungen das Referendum Westberlins aus der Welt schaffen will, kann sie die Tatsachen nicht verschwinden lassen.

Das dritte wesentliche Moment der Westberliner Wahlen liegt darin, daß in einem deutschen Land der Zug zum Zweiparteiensystem zum ersten Male eine Wirklichkeit wurde. Im Stadtparlament werden künftig vier Jahre lang die Abgeordneten der SPD und CDU verbleiben. Alle anderen Parteien sind durch die Stimmabgabe ausgespielt worden. Dabei haben die Sozialdemokraten mit 52,6% der Stimmen nicht nur ihren Stand vom Jahre 1954 mit damals 44,6% verbessern, sondern die absolute Mehrheit vor der CDU mit 37,7% (30,4%) erreichen können. Das Geheimnis dieser Entscheidung liegt nicht in dem Gegensatz zu der Außenpolitik Adenauers, sondern ist woanders zu suchen. Ausschlaggebend dafür war die Popularität des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Willy Brandt, der den ganzen Wahlkampf ohne jegliche Hilfe seitens des Parteivorstandes in Bonn bewerkstelligt hat. Brandt hat sogar ausdrücklich verlangt, daß weder Ollenhauer noch Wehner noch Carlo Schmid in Westberlin erscheinen sollen. Er wollte die Bonner Gegensätze zwischen der Regierung und der Opposition von Westberlin fernhalten. Und er hat von vornherein in der Berliner Krise eine Haltung eingenommen, die eher auf der Linie Adenauers als auf derjenigen Ollenhauers liegt. Dem Spitzenkandidaten der SPD kamen natürlich auch die Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters Ernst Reuter zugute. Jeder Wähler sah in den Erklärungen Brandts eine Kontinuität der unerschütterlichen und kompromißlosen antikommunistischen Politik. Die CDU konnte dagegen nichts anderes bieten, wobei man unterstreichen muß, daß die kurz vor den Wahlen enthüllte Affäre des CDU/CSU-Ministers Fritz Schäffer über sein geheimnisvolles Zusammentreffen mit dem ostdeutschen General Vincenz Müller ein tiefes Mißtrauen bei der Westberliner Wählerschaft in die Kanzler-Partei hervorgerufen hat.

Die Wahlen sind vorüber und in Westberlin ist wiederum der Alltag eingezogen. Die Bevölkerung in dieser Stadt macht sich keine Illusionen darüber, daß der Anschlag Moskaus auf die demokratischen Freiheiten und die wirtschaftliche Prosperität der drei Westsektoren der einstigen Reichshauptstadt nach wie vor ernste Gefahren in sich birgt. Die Westberliner wissen, worum gespielt wird und sie vermuten, daß Chruschtschew seinen Druck auf Westberlin im Laufe der noch bevorstehenden fünf Monate der anberaumten Frist verstärken wird. Sie sind allerdings auf Grund ihrer Erfahrungen mit den

kommunistischen Methoden und dank einer hier durchaus konstruktiv verlaufenden Zusammenarbeit mit den Westmächten gegen alle Drohungen und Einschüchterungsmaßnahmen gut gewappnet. Was ihnen Sorge macht, sind die Überlegungen, ob Westdeutschland und darüber hinaus Westeuropa und Amerika diese Bewährungsprobe durchhalten werden, und zwar nicht nur in politischer und militärischer Hinsicht, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Situation verlangt, daß man Westberlin in dieser schweren Zeit noch mehr wirtschaftliches Vertrauen, und das heißt noch mehr Aufträge und Kredite zufließen läßt, als dies in den verflossenen Jahren der Fall war. Das ist um so wichtiger, als Chruschtschew mit seiner Sechsmonate-Frist auf einen wirtschaftlichen Niedergang dieser zum Westen gehörenden und für den Westen stehenden Stadt hinzielt.

Alexander Korab

Europaingenieure am Werk

Zur Mailänder Tagung der «Fondation Européenne de la Culture»

In den Jahren nach dem letzten Weltkrieg erblickte man in unseren Eisenbahnwagen öfters amerikanische Reisende, die ihre Kofferschilder mit der Aufschrift «to Europe» geschmückt hatten. Bei manchen Europäern dürfte dies ein Gefühl der Erheiterung, wenn nicht gar der Verachtung gegenüber der Seeleneinfalt dieser Reisenden ausgelöst haben, die glaubten, mit der Abspulung ihres Bündels an Bahn-, Flug- und Hotelgutscheinen einen Eindruck von der Vielfalt europäischer Kultur zu erhalten.

Heute, zehn Jahre später, sitzt man in der Säulenhalle des ehemaligen Mailänder Klosters San Vittore, das jetzt das Nationalmuseum für Wissenschaft und Technik beherbergt, zu Füßen der Büste von Leonardo da Vinci, in einem vom Prinzen *Bernhard der Niederlande* präsidierten Kongreß der Europäischen Kulturstiftung, die den Zweck verfolgt, das europäische Gemeinschaftsgefühl zu erwecken. In einem von Professor *F. L. Polak* (Den Haag) im Auftrag der Stiftung vorgelegten Aktionsprogramm wird die «Zukunft der westeuropäischen bzw. abendländischen Kultur in den Mittelpunkt gestellt, um in einem großen Wurf zu einer modernen Neugestaltung unseres vom europäischen Geist geformten Kulturmusters zu gelangen», was nach Polak «erfolgreich nur nach vorausgehender konstruktiver Erneuerung unseres schöpferischen und visionären Denkstiles erfolgen kann». Zur Schaffung dieses positiven Zukunftsdenkens wird ein *Programm* vorgelegt, welches sowohl eine schöpferische Geisteselite wie auch die Jugend ansprechen soll. Neben Elite und Jugend soll auch die große Masse eine Umschulung zu prospektivem Zukunftsdenken erfahren.

Nähere Einzelheiten über die dem Programmgestalter vorschwebende Vision erfuhr man aus der Rede von Professor Polak, der in den letzten hundert Jahren eine Wandlung in der europäischen Elite festzustellen glaubte, indem die idealistischen Träumer, spekulativen Geister und utopischen Denker und Philosophen der Vergangenheit abgelöst wurden durch einen Geist, der dem Sprecher negativ und pessimistisch vorkommt. Der Umstand, daß Orwells «1984» und Huxleys «Brave New World» zu Bestsellern geworden sind, stimmt den Redner nachdenklich, denn solche pessimistische Prophezeiungen machen die Dinge nur noch schlimmer. Besorgnis erfüllte ihn auch über unsere Jugend, die Fackelträger unserer Kultur, deren Fackeln im Erlöschen sind, denn diese Jugend ist nicht mehr «progressiv» und dynamisch, sondern ist in stati-

scher Haltung verkrampft, kompromißlos, hart, kalt berechnend und vielfach erfüllt mit Zorn, ja Zynismus. Diese skeptische Jugend soll wiederum mit Zukunftsglauben erfüllt werden. Das Mailänder Museum, in welchem die programmatischen Sätze dieses Europaingenieurs ausgesprochen wurden, müßten sich nach Polak zu einer ganzen Stadt ausweiten, wollten sie die Dinge künftiger Entwicklung enthalten, «denn schon spricht man von biologischen Atombomben, welche die Wachstums- und Geschlechtshormone kontrollieren, damit wir in Zukunft bereits beim Arzt die gewünschte Größe einer Marilyn-Monroe-Schönheit oder eines athletischen Helden bestellen können... Psychologische H-Bomben werden entwickelt werden, um den Geist der Menschen zu beeinflussen und um auch den letzten rebellierenden Individualisten gleichzuschalten...».

Diese von der Kongreßleitung programmatisch in den Vordergrund gestellte Stimme blieb allerdings nicht unwidersprochen, so vor allem durch ein erfrischendes Votum des Präsidenten des schweizerischen Schriftstellervereins, Prof. *H. Zbinden* (Bern), der vor dem Vorhaben, Eliten «züchten» zu wollen, eindringlich warnte, gemahnt dergleichen doch an ähnliche Versuche der Faschisten und Nationalsozialisten. Zbinden bestritt auch die Meinung, die heutige Jugend sei von nihilistischem Geist erfüllt. Das Gegenteil sei der Fall, «denn wir haben heute eine der besten und wertvollsten Jugenden, die wir seit langem gehabt haben, eine Jugend, der selbst Europa zu klein wird und die über Europa hinauszielt, auf all das, was die Menschen aller Kontinente verbinden kann, durch ein hohes, würdevolles Ideal des Menschen». Andere Referenten äußerten sich zu den einzelnen Resolutionen, so der Präsident der französischen Arbeitgeberschaft, *Georges Villiers*, in einem fein ausgewogenen Exposé über unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Die Fehler, die bis jetzt, meist von Amerikanern, begangen wurden, sollten vermieden werden, indem wir unsere ins Ausland zu sendenden Ingenieure und Techniker zu tatsächlichen Kulturmissionaren ausbilden und jungen Außereuropäern, die zu uns zum Studium kommen, vermehrte Aufmerksamkeit schenken sollten.

Getrennt von diesen Verhandlungen an der Via San Vittore versammelte man sich am Samstag in der Aula der Universität Mailand zu einer Festsitzung, um der Zeremonie der Übergabe des ersten Erasmus-Preises an Österreich durch den Prinzen Bernhard der Niederlande beizuwohnen und ein Referat des Präsidenten der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Professor *Hallstein*, anzuhören. Wer erwartet hatte, in seiner Rede mindestens einen Hinweis auf die infolge der Krise um die Freihandelszone eingetretene Spaltung Europas zu vernehmen, war bitter enttäuscht. Dagegen durfte man vernehmen, daß die *Montanunion*, das *Euratom* und die *EWG* nie geschaffen worden wären, «wenn nicht in einer tieferen Schicht des europäischen Bewußtseins Bedingungen vorhanden gewesen wären, die solche Lösungen ermöglichten, ja, die auf sie hindrängten». Der Referent stieg bis in die Zeit Karls des Großen zurück und zeichnete das historische Bild europäischen Bewußtseins und europäischer Einheit, wobei am Ende seines Gedankenfluges die Römerverträge als eine große Leistung gepriesen wurden. «Das größte in der vollbrachten Leistung ist die stille Kraft der Wahrheit, ... seit einem Jahrzehnt haben einige hundert Menschen, verantwortliche Männer, bis tief in die nationalen Bürokratien hinein, unablässig am Werke der europäischen Einheit gearbeitet.» Was in der Gemeinschaft der Sechs zusammengefaßt wurde, sei die *Wirtschaftspolitik:* «Wenn wir Zölle und Kontingente abschaffen, eine gemeinsame Verkehrspolitik vorsehen, wenn wir die Währungspolitik der Staaten beschränken, indem wir ihnen das souveräne Recht nehmen, eine Inflation zu schaffen oder zu unterhalten(!), dann nehmen wir nicht dem europäischen Bürger etwas weg, wir beschränken nicht seine Freiheit, sondern wir lösen aus der Souveränität

der Nationalstaaten gewisse Funktionen heraus und vergemeinschaften sie auf einer anderen Stufe.» Nach Hallstein kann im Wettbewerb mit Wirtschaftsgiganten wie den USA und der Sowjetunion die Zerstückelung Europas in viele kleine Wirtschaftsräume nicht geduldet werden. Dies alles wurde gesagt, zu einer Stunde, als wir alle Zeugen eines erschütternden, in Paris sich abspielenden Dramas waren, der Gefährdung wenn nicht gar der Zerstörung der OECE, einer mit beträchtlicher amerikanischer Hilfe in zäher, zehnjähriger Arbeit erreichten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. All dies stellte den um die Dinge Bescheid wissenden Europäer während der Rede des Herrn Hallstein auf eine harte Nervenprobe. Um so mehr, als man den Eindruck gewann, daß nicht nur die Zuhörer, sondern sogar der Referent vollkommen ahnungslos waren, was tatsächlich vorging: Eine weitere Spaltung unseres Rumpf-Europas in die sechs Länder, die sich unter die Käseglocke des Gemeinsamen Marktes begeben hatten und naiv genug sind, zu glauben, mit dieser Seeschlange von Paragraphen sei der Grundstein zu einem neuen Europa gelegt.

Der nächste Kongreß der europäischen Kulturstiftung soll in Wien stattfinden, einer Stadt, die von einem der größten lebenden Europäer — *Salvador de Madriaga* — als europäische Hauptstadt vorgeschlagen wurde. Es wäre zu hoffen, daß die Fondation Européenne de la Culture mit dieser Tagung außerhalb des Bereichs der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes sich des wahren europäischen Geistes bewußt wird und daß sie vor allem eines inne wird, daß wir uns, angesichts unseres tödlichen Kampfes mit dem Totalitarismus, eine weitere Spaltung unseres Kontinents gar nicht leisten können; denn nur dann haben wir überhaupt noch Aussicht auf Bestand, wenn ein Mindestmaß an *europäischer Solidarität* vorhanden ist und diese nicht in den Aktenstößen einer selbstherrlichen supranationalen Bürokratie untergeht.

Albert Hunold

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Internationale Wirtschaftspolitik

Man erfährt auch in der *internationalen Wirtschaftspolitik* von heute immer wieder Überraschungen; meist sind sie, wie die wiederholten Querschüsse bei den Verhandlungen über die europäische Freihandelszone, enttäuschend, doch gibt es deren auch erwünschte. So hat sich die westliche Welt plötzlich auf die Wichtigkeit der bisher ziemlich im Verborgenen blühenden *Hilfe für Entwicklungsländer* besonnen; der westdeutsche Wirtschaftsminister Erhard sprach im Oktober auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank von Neu-Delhi davon, daß diese Erkenntnis «uns alle wie ein Bazillus überfallen hat». In Anlehnung an die Tätigkeitsberichte der eben genannten Institutionen, deren wesentlichste Punkte von der «NZZ» am 7. und 8. 10. wiedergegeben worden sind, hat man sich allgemein zu dem Entschluß durchgerungen, daß der Beistand für die Entwicklungsländer mit der zusammengefaßten Finanzkraft des Westens als Hauptgegenstand auf der politischen Tagesordnung in der nächsten Zeit figurieren muß; diesem Zwecke dienen auch die prinzipielle Zustimmung zur Quotenerhöhung des Währungsfonds (vgl. «NZZ» vom 8. 10.) und die Bildung eines Sonderkapitals im Schoße der Uno (vgl. «NZZ» vom 16. 10.). Aus der Fülle des diesbezüglichen Materials in der Wirtschaftspresse des letzten Vierteljahres seien hier nur herausgegriffen: ein Artikel «Neues Kapital für die Entwicklungsländer» in den «Wirtschaftsführer-Briefen» vom 13. 10.; der Hinweis von Raymond F. Mike-

sell im «Challenge» vom gleichen Monat, darauf, daß die Bemühungen des Westens darin bestehen müßten, den Entwicklungsländern begreiflich zu machen, wie der Kapitalismus als demokratische und fördernde Kraft wirken kann, und der Aufsatz «Das Fazit von Neu-Delhi» in «Finanz und Wirtschaft» vom 4. 11.

Mit der Delhi-Konferenz als Ausgangspunkt ist der «Economist» vom 11. Oktober der Meinung, daß die ins Auge springende *konjunkturelle* Erholung der USA auch die Bahn zu einer ökonomischen Entspannung in der übrigen Welt freigemacht habe. Im Gegensatz dazu macht «Finanz und Wirtschaft» am 3. 10. auf die Diskrepanz der Entwicklung in den USA und in Europa aufmerksam. — Je näher das Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes der Sechs zum Jahresende heranrückt, und je drohender sich die Gefahr eines europäischen Zerfalls in zwei mehr oder minder feindliche Lager erhebt, um so stärker und besorgter beschäftigen sich die Wirtschafts-Zeitschriften mit der *Integration*. Professor Röpke setzt in der «Schweizerischen Handels-Zeitung» vom 5. 9. und in einem für das Jahrbuch Ordo bestimmten und von der «NZZ» am 7. 9. gewürdigten Ausarbeitung seine Kritik an den regionalen Abschirmungstendenzen der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft fort. Aufbau und Zweck des Gemeinsamen Marktes schildert in der «NZZ» vom 11., 12. und 14. 10. deren Redaktionsmitglied Franz Aschinger. Über das System der leidigen Vorzugszölle im Commonwealth und über diese Präferenzen als Hindernis für die europäische Integration orientiert recht eindrucksvoll die in Bonn erscheinende «Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft» vom 15. und 30. 9. In den «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft fanden wir im September eine Darstellung: «Freihandelszone und Warenursprung» und im Oktober eine solche: «Dimensionen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone». Die «Schweizerische Handels-Zeitung» bedauert am 16. 10. die Ratlosigkeit über den weiteren Weg der Integration in den internationalen Zirkeln. Das Heft III der «Außenwirtschaft» vom September stellt unter dem zugkräftigen Titel: «Die Freihandelszone muß kommen» Überlegungen zu ihrer Verwirklichung an, die auf eine allgemeine Beachtung, auch der Politiker und gerade dieser, Anspruch erheben können. Am 18. 10. bekümmert es den «Economist», daß die EWG eine harte Tatsache zu werden sich anschickt, während die FHZ einstweilen nur eine ungewisse Hoffnung bleibt; und dieselbe englische Zeitschrift vom 8. 11. erinnert Frankreich an seine Verantwortung für die Verwirklichung der Freihandelszone. Die Erklärung der «anderen Sechs», nämlich von Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich und der Schweiz, behandeln endlich die «NZZ» am 13. 11. und die Wiener «Industrie» am 14. 11.

Gegenüber dem Problem einer Hilfe für die Entwicklungsländer und den Schwierigkeiten, denen neuerdings die europäische Integration begegnet, haben für die Wirtschaftspresse *die sonstigen Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik* an Interesse verloren. Nach wie vor, so am 20. 8. für den Juli, am 18. 9. für den August, einen Monat später für den September und zwei Monate danach für den Oktober sowie am 23. 10. für den Jahresbericht 1957/58, schenkt die «NZZ» dem Wirken der *Europäischen Zahlungs-Union* ihre Aufmerksamkeit. Diesen Jahresbericht prüft auch die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 30. 10. — Die wichtigsten ökonomischen Daten für die Staaten der *OEEC* zeigt das «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt vom Oktober auf. — Der «Economist» vom 11. 10. empfiehlt die Anwendung der in der letzten Empirekonferenz von Montreal gebilligten liberalen Grundsätze auf die im *GATT* zu fassenden Entschließungen. Mit dieser 13. GATT-Session vom Oktober beschäftigen sich auch die «NZZ» vom 21. und (wieder) der «Economist» vom 25. 10. Die Bedingungen für die Aufnahme der Schweiz in das GATT werden von der «Schweizerischen Handels-

Zeitung» am 6. 11. als erträglich angesehen. — Im übrigen werden Aufsätze wie: «Wo sind die Grenzen der Gewerkschaftsmacht?» von dem Washingtoner Professor Solterer im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 9., die «Monopoltendenzen» nicht nur seitens der amerikanischen, sondern auch im Schoße der europäischen Gewerkschaften im Wochenbericht des Zürcher Bankhauses Bär vom 31. 10. und «Demokratischer Wirtschaftssozialismus auf dem Vormarsch?» von Jacques Ittensohn (Basel) im Oktoberheft der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» regerem Interesse der Leserschaft begegnen. Die «NZZ» hat am 16. 11. mit der Darstellung der für Amsterdam charakteristischen Momente eine Artikelfolge über die «Finanzzentren der Welt» begonnen, die ebenfalls die Aufmerksamkeit ihrer Leserschaft wecken wird.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

An die Spitze der Berichterstattung über die Beschäftigung der Wirtschaftspresse mit den *ökonomischen Problemen der Schweiz* gehört der Hinweis auf den *Bericht* des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins *über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1957*. Wie alljährlich, so stellt er auch diesmal eine reiche Informationsquelle um so mehr dar, als er auf einer Dokumentation beruht, die sonst nicht jedermann zugänglich ist. In der «Wirtschaft», die neuerdings als «Zeitschrift für Industrie, Technik und Forschung» firmiert, ihren Geschäftssitz von Genf nach Zürich verlegt hat und für die Zukunft auch mit Beiträgen in englischer Sprache aufwarten will, verbreitet sich im September der Sekretär des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller Dr. M. Baumann in zuversichtlichem Sinne über das *Konjunkturbild*, das die Maschinenindustrie in der Schweiz zu gewärtigen hat. Auch «Finanz und Wirtschaft» vom 16. 9. betont die geringe Abschwächung der Geschäftslage in der Schweizer Wirtschaft während des 2. Quartals 1958. — Auf dem Gebiete des *Außenhandels und Zolltarifs* tadelt die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 2. 10. den akademischen Charakter der Diskussion, die im Lande über die immer brennendere Dumpingfrage eingesetzt hat. Günstige Schlußfolgerungen aus der «andauernden Verminderung des Handelsbilanzdefizits» für die Schweizer Wirtschaft zieht «Finanz und Wirtschaft» vom 31. 10. an leitender Stelle. Der Direktor des Verbandes ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Dr. E. Jaggi (Winterthur) erläutert in Nr. 1/2 der «Agrarpolitischen Revue» vom Sept./Okt. den Zusammenhang zwischen dem neuen Zolltarif und der Landwirtschaft, «La Suisse Horlogère» vom 9. und die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 17. 10. den Inhalt des verabschiedeten Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie und seine Verbesserungen im Vergleiche zur früheren Rechtslage. — Nach der Volksabstimmung vom 26. 10. über die *Arbeitszeit*-Initiative des Landesrings erübrigt es sich, auf die vielen Pressestimmen zu der Materie aus der Berichtszeit einzugehen. Unabhängig von dem aktuellen Anlaß besitzt die Wiedergabe eines Referats von Dr. G. A. Frey-Bally über «Probleme der Arbeitszeitverkürzung» in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 5. 9. ihren Wert. — In Angelegenheiten des *Geld- und Kapitalmarktes* zeichnet sich die Sondernummer der «Schweizerischen Handels-Zeitung» vom 5. aus Anlaß der Zermatter Bankiertagung am 6. 9. durch ihre Vielseitigkeit und die Sachkenntnis der in ihr zu Worte kommenden Autoren aus. — Das Septemberheft der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» verbreitet einen Beitrag aus der Feder des Zürcher Professors Dr. Jürg Niehans über den Einfluß der *Kartelle* auf die Preisbildung. — *Ansonsten* enthält das «Bulletin» Nr. 4 des Schweizerischen Bankvereins genauere Angaben über die Geschäftsergebnisse der SBB im Jahre 1957, und das Organ «Deutschland-Schweiz» der von beiden Ländern gebildeten Handelskammer in

Zürich berichtet im Oktober über die «Marktforschung in der Schweiz». Direktor Dr. Fritz Wanner beschäftigt sich dann noch im bereits erwähnten Septemberheft der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» mit den «Zukunftsaufgaben der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft».

Informationen aus Ländern eines regeren Warenaustausches mit der Schweiz

Über die Konjunkturlage in der *Deutschen Bundesrepublik* informiert die «NZZ» am 12. 10. Der Verfasser des vorliegenden «Querschnitts» hat in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Oktober den westdeutschen Außenhandel im ersten Semester 1958 in seinen Tendenzen genauer zergliedert. — Unter dem 7. 9. beleuchtet die «NZZ» die Wirtschafts- und Finanzlage *Belgiens*, am 10. 9. die Valutasituation und Finanzlage in *Dänemark*. — Die «Währungskonsolidierung in *Frankreich* liefert der «Gegenwart» vom 1. 11. den Stoff zu ausführlicheren Darlegungen. — Daß die Konjunktur in *Italien* auf hohem Niveau stagniert, legt Dr. Livio Magnani (Rom) in der «Schweizerischen Handels-Zeitung» vom 18. 9. dar. Reichhaltiges Material über «Italiens Volkswirtschaft» enthält eine im Oktober herausgegebene Broschüre aus dem Hause der Schweizerischen Bankgesellschaft. — Den Kurs der Konjunkturpolitik in *Norwegen* verfolgt die «NZZ» am 12. 9. — Vielseitige «Informationen aus *Österreich*» enthält die in Wien erscheinende Korrespondenz gleichen Namens am 20. 10. und 3. 11. — Die Probleme, die die *Commonwealth*-Konferenz von Montreal erwartet haben, liefern dem «Economist» vom 27. 9. die Grundlage zu seinem Leitartikel: «Forward to Freedom?» Die «Währungsreserven des Sterlinggebietes» untersucht die «NZZ» am 6. 11. — Mit neuesten Wirtschaftsnachrichten aus *Argentinien* versieht uns die an ihnen mit Rücksicht auf das drüben arbeitende Schweizer Kapital ständig interessierte «Finanz und Wirtschaft» am 26. und 30. 9. sosowie am 14. und 18. 11. — Dem «*Indien* von heute» widmet «La Suisse Horlogère» vom 2., 9. und 16. 10. mehrere interessante Aufsätze. — Schließlich läßt sich die «Gegenwart» vom 4. 10. über die Notwendigkeit der Wirtschaftshilfe an *Marokko* unterrichten, und das «*ostasiatische* Dilemma» mit seinen Rückwirkungen vor allem auf die westliche Welt behandelt der Wochenbericht von Bär vom 17. 10.

Wirtschaftsprobleme in den USA

In ihrem Urteil über die inzwischen deutlich sichtbar gewordene und auch für die restliche Welt bedeutsame *Erholung der amerikanischen Wirtschaft* von der Rezession der letzten Vierteljahre ist sich in der Berichtszeit die Wirtschaftspresse ziemlich einig gewesen. So betont «Finanz und Wirtschaft» am 2. 9. die Widerstandsfähigkeit der amerikanischen Banken in der Periode der geschäftlichen Flaute und am 30. 9. den «Konjunkturoptimismus» drüben. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 18. 9 spricht von der «kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung», und «Challenge» vom September nennt die Investitionstätigkeit eine Bremse gegen weiteren Konjunkturrückgang. Nur die Wiener «Industrie» vom 4. 10. läßt sich durch ihren New Yorker Korrespondenten von den «geteilten Meinungen über Konjunkturbelebung in USA» berichten. — In den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom September äußert Hermann Baum (Berlin) seine Befürchtung vor dem Wiederauftauchen des Protektionismus in der *Zollpolitik* der USA auf dem Fachgebiete der Metallwirtschaft. — Mit kürzerer Notiz behandelt «Der Monat» des Schweizerischen Bankvereins im Oktober die *industriellen Forschungsausgaben* in Amerika, die trotz der ökonomischen Abschwächung ihren rapiden Anstieg fortgesetzt haben; neidvoll müssen wir feststellen, daß die Amerikaner 1957

7,3 Milliarden Dollar für Forschung ausgegeben haben und 1958 der Betrag 8 Milliarden lauten wird. Im «Internationalen Gewerbearchiv» vom September gibt A. Blattner (Bern) Beobachtungen über die *Einzelhandelsverbände* in den USA wieder, die er auf einer Studienreise dort gesammelt hat.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Nicht sehr ergiebig war im letzten Vierteljahr der Inhalt der Wirtschaftspresse bezüglich der *kommunistischen Wirtschaft und des West-Ost-Handels*. Ob «die Sowjets vor neuer Wirtschaftsoffensive» stehen, fragen sich die «Wirtschaftsführer-Briefe» vom 25. 9. Die «Erweiterung der Rolle der sowjetischen Gewerkschaften in der Wirtschaftsleitung» halten die «Gewerkschaftlichen Monatshefte» vom September für wichtig. Die Revision der Kolchosenpreise, die für die russische Staatskasse Milliarden zu anderen Zwecken freimachen soll, wird von der «Gegenwart» des 20. 9. anhand genauerer Unterlagen unter die publizistische Lupe genommen. Das Frankfurter «Europa-Archiv» vom 5. 11. wartet mit einer auf gründlicher Sachkenntnis beruhenden Arbeit von Dr. Lutz Köllner (Münster in Westfalen) über den «sowjetischen Kapitalexport in Entwicklungsländer» auf.

Das österreichische Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes hat auf seiner diesjährigen Tagung in Wien das aktuelle Thema: «Europamarkt und Integration des Ostblocks» behandelt; einen Auszug aus den Referaten veröffentlicht die Wiener «Industrie» am 18. 10.

Sonstiges

Außerhalb der Kategorien in diesem «Querschnitt» ist noch auf folgende Artikel der Wirtschafts-Zeitschriften in der Berichtsperiode aufmerksam zu machen:

Die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» widmet ihre Nr. 6 vom September der Privatversicherung in der Westschweiz; und in Nr. 7 vom Oktober ist ein Abriß «des schweizerischen Versicherungswesens 1957» zu lesen. — «Wohlfahrtsstaat und wirtschaftliche Verantwortung» heißt das zeitgemäße Thema eines im Sommer in Zürich gehaltenen Vortrages des Washingtoner Professors Dr. Goetz Briefs, einer breiteren Öffentlichkeit übermittelt durch Nr. 71 der «Zeitfragen der schweizerischen Wirtschaft und Politik». «Freiheit und Bindung in der schweizerischen Wirtschaftspraxis» untersucht Dr. Alfred Hummler (St. Gallen) in Heft 10 der «Stimmen zur Staats- und Wirtschaftspolitik». Es ist von Wert, im «Wochenbericht» vom 10. 10. die Gedanken des Bankhauses Bär über den «Seiltanz zwischen In- und Deflation» zu verfolgen. In einer Beilage illustriert die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 9. 10. das europäische Kernforschungszentrum bei Meyrin (westlich von Genf). In der «Information» der Internationalen Treuhand AG. in Basel erläutert im November Dr. Erich Brugger «die Investment Trusts in der Schweiz». Zum Abschlusse sei der «Revue Economique Franco-Suisse» gedacht, die in Heft 5 aus berufenen Federn die vielseitigen Aufgaben der Verpackung beleuchten läßt.

Hans Posse

Grenzgebiete der Heilkunde

Die Wochenendtagung der Gemeinschaft *Arzt und Seelsorger*, die in der Oktobernummer 1958 besprochen wurde, hatte dem Gespräch auf beiden Seiten so viel Anregung, Anstoß und Auftrieb gegeben, daß man sich zur Wiederaufnahme des Themas «Wunder und Magie in der Heilkunde» entschloß und in einer weiteren Tagung eine übergreifende

Krankheit unserer Zeit, die *Sucht*, in den Kreis der Betrachtung und Diskussion einbezog. Die verlorene Gesundheit wiederzufinden, dazu gebe es zwischen Himmel und Erde mehr Wege, als unsere Schulweisheit sich träumen lasse, meinte Pfarrer *Daur* in seiner Begrüßung. In unbedingter Offenheit und unbedingter Kritik müssen diese Wege von der ärztlich-naturwissenschaftlichen wie von der seelsorgerlich-theologischen Seite her geprüft und erprobt werden. Das Thema der «Sucht» wurde bereits im ersten Vortrag berührt, ohne daß es bereits beim Namen genannt worden wäre: Professor Dr. med. *Jores* (Hamburg) befaßte sich mit dem ungeheuren Kredit, den der Durchschnittspatient von heute seinem Arzt erteilt: einer Gläubigkeit, die weithin noch magische Züge trägt und dem «Glauben» gleicht, den ein primitiver Clan seinem Medizinmann entgegenbringt. Ein ähnliches irrationales Vertrauen wird dem vom Arzt ordinierten Heilmittel entgegengebracht — es muß nur neu sein, sympathische und zugleich allgemein-übliche Aufmachung haben und möglichst auch schlecht schmecken. Wenn es gar eingespritzt werden muß, so ist dies in den Augen vieler Patienten noch eine besondere Empfehlung. Um diese Wirkungen genauer zu erfassen, hat man den «doppelten Blindtest» eingeführt: Einem Arzt — der nicht ins Spiel eingeweiht wurde, wurden zwei Präparate übergeben mit der Auflage, er möchte bei seinen Patienten prüfen, welches von beiden für das indizierte Übel (z. B. Kopfweh) wirksamer sei. Bei Kopfweh z. B. zogen 60% der befragten Patienten hernach das Präparat vor, das überhaupt keine medikamentöse Substanz enthielt und nur wie eine der üblichen Medizinen aufgemacht war («Placebo»-Präparat)! Auch der negative «Glaube» wirkt medizinisch, gewissermaßen vergiftend: ein Chicagoer Schlachthausarbeiter, der in einen abrollenden Kühlwagen eingeschlossen war, erfror, weil er unter dem Zwang des Inbildes stand, daß sich die Kälte im Raum langsam verbreite: in Wirklichkeit war die Kühlanlage gar nicht eingeschaltet! Der Patient, der zu solcher «Gläubigkeit» bereit ist, rennt von einem Arzt zum andern, von einem «Heiler» und Kurpfuscher zum andern, weil er ein immer neues Objekt braucht, an das er seine Erwartungen hängen kann. Solche vom Unbewußten gestifteten Bindungen muß der Psychotherapeut ins Bewußtsein heben, und die in ihnen enthaltene Sehnsucht sollte vom reifenden Menschen weg auf die göttliche Welt übertragen werden. Der Vortrag von Professor Dr. med. *Bender* (Freiburg i. Br.) wandte sich dem Bereich der «paranormalen» Erscheinungen in der Medizin zu: den Wirkungen, die ein in dieser Richtung begabter Arzt oder «Heiler» auf räumlich entfernte Patienten überträgt, die in besonderem seelischen Kontakt mit ihm stehen. Medial begabte Laien vermögen mitunter treffende und präzise Ferndiagnosen zu stellen — wobei es aber auch geschehen kann, daß das «Medium» nicht den objektiven körperlichen Befund des Patienten, sondern die subjektive Überzeugung des Patienten von seiner Krankheit zu spüren bekommt, «anzapft», wie man sagt. In all diesen Beziehungen kann sich die allgemeine Bereitschaft zu süchtigem Verhalten tummeln: der «Heiler» wird zum Gott, an den sich das schwache Ich des Leidenden klammert, dessen gnädige Zuwendung es süchtig genießt — wie das neu angepriesene Heilmittel, auf das jedermann schwört, süchtig verbraucht wird. Den anthropologisch-theologischen Hintergrund des süchtigen Daseins beschrieb in glänzender Systematik und feinnerviger Einfühlung Professor Dr. theol. *Heinen* (Münster i. Westf.). Zwischen «Spannung-Sucht-Seligkeit» bestehen innige Zusammenhänge. Wie sich über der vital-vegetativen Grundschicht des Menschen die animalische Antriebs- und über dieser die geist-willentliche Oberschicht aufbaut, so ist der Mensch in zeitlicher Erstreckung auch auf eine dreifältig verschiedene Gestalt der Erfüllung angewiesen: in der Kindheit auf die Lust, im Erosalter auf das Glück und im Reifealter auf die Seligkeit, die ihm nur die von Gott kommende Liebe gewährt, wenn

er in opfervoller Selbstüberwindung bereit ist, sie zu ergreifen. Spannung entsteht dadurch, daß dem Trieb-Ich das Geist-Ich zugeordnet ist und der Mensch sein Selbst zum andern Menschen, zur Welt, zu Gott hin übersteigen muß. Sucht ist eine Fehlform, mit dieser Spannung fertigzuwerden. Sie ist Ersatz für die versagte oder gar nicht angestrebte Begegnung mit dem Du. — Nach einer schönen begrifflichen Klärung der Unterschiede zwischen dem magischen und rationalen Denken in Philosophie und Medizin, die Frau Dr. med. *Zimmer* (Stuttgart) unternahm, skizzierte Klinikdirektor Dr. med. *Aloys von Orelli* (Zürich) eine «Psychologie der Süchtigkeit». Die allgemeinmenschliche Sozialstruktur hat sich im technischen Zeitalter gewandelt. Zunächst sind wir von seinen nivellierenden Wirkungen gebannt, die wiederum einen Wurzel- und Nährboden für allerlei Süchte abgeben. Der Übergang vom Patriarchat zu einem (unechten?) Matriarchat — der übermüdete Vater bemuttert des Abends die Familie, die überforderte Mutter kommandiert sie des Tags und hilft mit endlosem Schelten nach — betrügt das heranwachsende Kind um die schmerzhafte Abkehr von der Elternwelt, um die Opposition gegen die Erziehung durch die Eltern. Dem Kind fehlt etwas, was ihm nicht deutlich wird: und prompt tröstet es sich mit einem Mittel, das leicht erreichbar ist und immer zur Verfügung steht. Urbilder entstehender Süchtigkeit sind gewisse Gestalten des «Struwwelpeters»: Konrad, von der Mutter alleingelassen, lutscht am Daumen. Später wird er z. B. sich betrinken, wird kino-, sexual-, rauschgiftsüchtig werden. Paulinchen sucht sich mit dem völlig abwesenden Vater zu identifizieren und würde sich heutzutage eine Zigarette anzünden, arbeits-, berufs-, betriebssüchtig werden. Der Therapeut muß dem Süchtigen gegenüber ein Stück des fehlenden Vaters oder der versagenden Mutter darleben, bis der tiefste Grund der Sucht, die Sehnsucht nach der erfüllenden Partnerbeziehung, ins Bewußtsein tritt, gelenkt und geformt wird. Die Beispiele aus der Entwöhnungspraxis waren durch gütigen Humor reichlich gewürzt und regten eine lebhafte Aussprache an, die bis in die Zusammenhänge zwischen Sucht und Kriminalität und den Sinn des spendenden Mahlsakraments der Kirche führte. Wir Menschen bedürfen der wiederholten Sättigung — «nie sättigt die Liebe sich», bekennt Novalis in der «Hymne», und doch behält auch Paracelsus recht, wenn er erkennt, daß nur der Mensch selbst des Menschen Medizin sein kann. — Die eindringlichen Gespräche in den Pausen und beim Abschied waren das schönste Zeichen der Dankbarkeit, die alle Teilnehmer aus den Kreisen der Ärzte-, Pädagogen-, Psychologen- und Theologenschaft dem seit nunmehr 10 Jahren bestehenden Gremium «Arzt und Seelsorger» (Leitung: Dr. med. *Bitter*) gegenüber erfüllte.

Gerhard Bartning